

Die NATO in Warschau

Ein Wegweiser durch die Agenda des Gipfels

Patrick Keller

Zum Mitnehmen

- Der NATO-Gipfel in Warschau wird verstärkte militärische Präsenz im Osten des Bündnisses beschließen. Nach der Rückversicherung der östlichen Verbündeten 2014 geht es nun um die Abschreckung russischer Aggression – bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft gegenüber Moskau.
- Die Südflanke der NATO wird besondere Aufmerksamkeit erfahren: Unterstützung des europäischen Grenzschutzes und Initiativen zur Stabilisierung Nordafrikas und Nahosts stehen im Zentrum.
- Ferner werden die Bereitschaft zum globalen Krisenmanagement, die Pflege internationaler Partnerschaften und die grundsätzliche Offenheit für Neumitglieder unterstrichen werden.
- Diese politische Agenda wird ohne eine erhebliche Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der NATO nicht umsetzbar sein.

INHALT

2 | Von der Rückversicherung zur Abschreckung

3 | Balance zwischen Ost und Süd

4 | Globales Krisenmanagement

5 | Verbesserung militärischer Fähigkeiten

5 | Erweiterung der NATO

6 | Partnerschaften nicht vergessen

7 | Drei Einwände

Neue militärische Präsenz im Osten der NATO

Vier Bataillone in Polen und den baltischen Staaten

Berlin beharrt auf Dialog- und Entspannungsbereitschaft

Am 8. und 9. Juli treffen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Warschau. Es ist der erste Gipfel des Bündnisses in Polen und seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise. Im Zentrum wird daher die Weiterentwicklung der NATO-Strategie gegenüber Russland einerseits und die Rolle des Bündnisses im Grenzschutz und der Fluchtursachenbekämpfung andererseits stehen. Diese Handreichung verschafft Orientierung über die wichtigsten Themen des Gipfels, offene Streitpunkte und die Agenda der Bundesregierung.

Von der Rückversicherung zur Abschreckung

Der letzte NATO-Gipfel stand 2014 in Wales ganz unter dem Eindruck der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland. Damals leitete die NATO mit bemerkenswerter Geschlossenheit und Geschwindigkeit Maßnahmen ein, die ähnlicher Aggression gegen ein Mitglied des Bündnisses vorbeugen sollten. So wurde im Rahmen des „Readiness Action Plan“ (RAP) u.a. beschlossen, eine schnell verlegfähige Eingreiftruppe von 5.000 Landstreitkräften plus Unterstützung von See und aus der Luft zu schaffen (die „Very High Readiness Joint Task Force“ VJTF, auch „Speerspitze“ genannt) und in Stettin ein Multinationales Kommando Nordost einzurichten, das Einsätze im Baltikum und in Polen steuern kann. In beiden Projekten hat Deutschland Führungsverantwortung übernommen. Das gesamte Maßnahmenbündel lief unter dem Etikett der „Rückversicherung“ (reassurance) der östlichen Verbündeten – ein unglücklicher Begriff, in dem Herablassung mitschwang und der manchem Bündnispartner das Gefühl gab, die Furcht vor russischer Aggression werde nicht überall in der Allianz ernstgenommen.

Der Gipfel in Warschau soll daher nicht nur die Implementierung der Rückversicherung verkünden, sondern ihre Weiterentwicklung zur Abschreckung beschließen. Um Russland von einem Angriff auf NATO-Staaten, auch niedrigschwelliger Art im Sinne der hybriden Kriegführung, abzuhalten, braucht es verstärkte militärische Präsenz der NATO in ihren östlichsten Mitgliedstaaten. Nur wenn Russland vor Augen geführt bekommt, dass jede Grenzverletzung augenblicklich Soldaten aus verschiedenen NATO-Staaten involvieren und somit eine Ausweitung der Konfliktparteien nach sich ziehen würde („Stolperdraht“), ist die Sicherheit der Grenze gewährleistet. Dazu braucht es mehr als entfernte Eingreiftruppen wie die VJTF, nämlich kampfbereite multinationale Präsenz und erprobte Nachschubfähigkeit.

Insbesondere die polnischen Gastgeber haben diese Argumentation mit Nachdruck vorgebracht und inzwischen breite Unterstützung in der NATO gewonnen. Ihr Ziel, in Warschau eine Entscheidung zur verstärkten militärischen Präsenz im Osten verkünden zu können, wird aller Voraussicht nach erreicht. Die Rede ist von vier Bataillonen (je einige hundert Soldaten), jeweils eines in Estland, Lettland, Litauen und Polen. Die USA haben sich früh bereiterklärt, eines zu stellen; voraussichtlich werden auch Deutschland und Großbritannien – wie schon bei der VJTF – erhebliche Beiträge leisten. So könnte das Bataillon in Litauen unter deutsche Führung gestellt werden. Über genauen Umfang und den exakten Ort der Stationierung wird noch verhandelt.

Für die Bundesregierung wird es darauf ankommen, Sicherheit nicht nur als aufgestockte militärische Präsenz zu definieren, sondern auch als fortgesetzte Dialog- und Entspannungsbereitschaft mit Russland. Berlin beharrt auf einer engen Interpretation der von Russland verletzten NATO-Russland-Grundakte, wonach keine dauerhafte, substantielle Truppenstationierung der NATO in ihren neuen Mitgliedstaaten erfolgen darf – auch wenn diese Auslegung NATO-Mitglieder wie

Polen de facto zu Verbündeten zweiter Klasse macht. Daher werden die erwähnten Verstärkungen über einen Rotationsmechanismus erfolgen, und im Abschlusskommuniqué werden sich statt „ständige Stationierung“ Formulierungen wie „ausdauernde Präsenz“ (persistent presence) finden. Auch die Notwendigkeit, wieder im NATO-Russland-Rat mit einander zu sprechen – wie im April erstmals seit Beginn des Ukraine-Krieges geschehen –, wird Deutschland unterstreichen wollen.

Vor diesem Hintergrund wird Deutschland – wie viele Verbündete, die Russland nicht als eine dringende Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit wahrnehmen – ein Interesse daran haben, im Gegenzug für Solidarität in der Frage militärischer Präsenz andere Streitthemen im NATO-Russland-Verhältnis kleinzuhalten. Das gilt zum Beispiel für die nächsten Schritte zur Etablierung eines Raketenabwehrsystems der NATO oder für die polnische Idee, einen Teil des Gipfels symbolträchtig in dem Raum abzuhalten, in dem 1955 der Warschauer Pakt unterzeichnet wurde.

Darunter fällt auch das (nicht nur) in Deutschland höchst unpopuläre Thema der Nuklearstrategie der NATO. Im Kriegsfall mit Russland wäre dem Bündnis die Verteidigung des Baltikums allein mit konventionellen Mitteln jedoch kaum möglich – die russischen Streitkräfte wären in ihrer Zahl und geographischen Nähe überlegen. Deswegen bedarf glaubwürdige Abschreckung einer nuklearen Komponente. Das gilt angesichts der Modernisierung des russischen Nukleararsenals, der russischen Strategie des begrenzten Nuklearwaffeneinsatz zur Beendigung regionaler Kriege und der scharfen Rhetorik seitens des Kremls in besonderem Maße. Da die aktuell gültige Nuklearstrategie der NATO, die „Deterrence and Defense Posture Review“ von 2012, noch von einem partnerschaftlichen Verhältnis zu Russland ausgeht, wäre eine Überarbeitung oder zumindest eine neue Debatte über Zweck und Zustand des eigenen Arsenal dringend geboten. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dies in Warschau in Auftrag gegeben wird. Schließlich dürfte US-Präsident Obama, der für seine Reden über den Wunsch nach einer Welt ohne Atomwaffen den Friedensnobelpreis erhalten hat, seinen letzten NATO-Gipfel nicht dazu nutzen wollen, ein (weiteres) zentrales Element seines sicherheitspolitischen Erbes zu konterkarieren.

Balance zwischen Ost und Süd

Die notwendigen Maßnahmen mit Blick auf die Ostflanke dürfen nicht verdecken, dass die NATO auch an ihrer Südflanke gefordert ist. Die Instabilität in Nordafrika und Nahost sowie die daraus folgenden Migrationsströme belasten insbesondere die Mittelmeeranrainer. Mit der politischen Zerrüttung der europäischen Gegenküste wächst auch die Gefahr des islamistischen Terrors in Europa selbst. Und der Bündnispartner Türkei hat es gleich mit zwei unkalkulierbaren Bürgerkriegen an seinen Grenzen zu tun.

Innerhalb der NATO gibt es daher unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen. Die Bündnispartner im Osten schauen eher auf Russland, die im Süden eher auf den Mittelmeerraum. Es wäre aber falsch, daraus eine Spaltung der NATO abzuleiten. Es ist ein Grundprinzip der Allianz, dass die Sicherheit ihrer Mitglieder unteilbar ist, sie sich also gegenseitig unterstützen. Gerade einem mächtigen und geographisch zentralen Staat wie Deutschland kommt bei diesem Ausgleich eine große Verantwortung zu. Und so wie die Weiterentwicklung des RAP in Warschau Solidarität mit dem Osten zeigt, wird auch auf die Sorgen des Südens eingegangen werden müssen.

Überarbeitung der
NATO-Nuklearstrategie:
Heikel, aber
notwendig

Unterschiedliche
Bedrohungswahrnehmungen

Das ist allerdings komplizierter als im Osten, denn mit zusätzlichen Truppen in Italien oder Griechenland wird die Lage nicht zu ändern sein. Es fällt auch den südlichen Verbündeten nicht leicht, im Bündnis konkret zu formulieren, wie sie sich „Solidarität“ vorstellen. Um die Balance zwischen Ost und Süd zu wahren, wird reine Kosmetik, wie z.B. die Feststellung, dass die VJTF nicht speziell für den Osten, sondern für alle Bedürfnisse des Bündnisses bereitstehe, in Warschau trotzdem nicht genügen.

NATO in der Ägäis

Zu erwarten ist daher eine Verstärkung oder sogar Ausweitung der NATO-Aktivität in der Ägäis zur Unterstützung der europäischen Grenzsicherung durch Präsenz und Informationsaustausch. Diese Maßnahme, an der auch Deutschland prominent beteiligt ist, gilt zudem als politisch wertvolle Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei sowie als Beispiel für die Vertiefung der Kooperation zwischen NATO und EU.

Initiative für Libyen?

Darüber hinaus wird es Bemühungen geben, einen sichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der fragilen Staaten Nordafrikas zu verkünden. Die größten Sorgen als drohender Quell neuer Flüchtlinge und Rückzugsort für islamistische Terroristen bereitet derzeit Libyen. Vielleicht ringt sich die NATO, nachdem sie sich nach Erfüllung der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 zunächst zurückgezogen hat, in Zusammenarbeit mit der libyschen Regierung doch noch zu einer umfassenden Stabilisierungsinitiative durch, etwa im Zuge der libyschen Sicherheitssektorreform und dem Ausbau der dortigen (Selbst-)Verteidigungsfähigkeiten.

Globales Krisenmanagement

Der Waliser Gipfel hat 2014 eine Trendwende eingeläutet. Zwanzig Jahre lang war die Agenda der NATO von Krisen außerhalb des Bündnisgebietes bestimmt. Vom Balkan über Afghanistan bis zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika hat das Bündnis durch militärische Operationen einen Beitrag zu internationaler Stabilität und der Sicherheit seiner Mitglieder geleistet. In Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine rückte nun wieder die klassische Verteidigung des Bündnisgebietes ins Zentrum der strategischen Aufmerksamkeit.

Fähigkeit zum globalen Krisenmanagement bewahren

Diese Entwicklung ist aufgrund der Ereignisse geboten und eine berechtigte Kurskorrektur. Allerdings sollte die NATO das Pendel nun nicht ins andere Extrem ausschlagen lassen, indem sie ihre Fähigkeiten zum Krisenmanagement jenseits des Bündnisgebietes vernachlässigt. Zwar ist die Erfolgsbilanz der NATO in Afghanistan und Libyen durchgewachsen, und die meisten Bündnispartner haben aus innenpolitischen, finanziellen und strategischen Gründen eine tiefe Abneigung gegen neue Militäroperationen „out of area“. Aber die vor allem seit dem 11. September 2001 bestehende Logik, Bedrohungen der Sicherheit des Bündnisses dort auszuschalten, wo sie entstehen – und zwar bevor sie das NATO-Territorium treffen –, bleibt triftig. Im Zuge der verstärkten europäischen Diskussion über Wege zur Bekämpfung von Fluchtursachen gewinnt sie sogar zusätzliche politische Attraktivität.

Es ist deshalb richtig, dass die NATO ihre Mission zur Stabilisierung Afghanistans noch einmal verlängert hat. (Deutschland ist mit über 600 Soldaten drittgrößter Truppensteller und führt das Kommando Nord.) Über solche Beiträge zum internationalen Krisenmanagement muss in Warschau gesprochen werden, auch um die politische und militärische Einsatzbereitschaft im nächsten Krisenfall vorzuhalten.

Verbesserung militärischer Fähigkeiten

Eine der wichtigsten Aufgaben für die NATO liegt in der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten. Die Stärkung der Abwehrfähigkeit an der Ostflanke erfordert erhöhte Einsatzbereitschaft von Personal und Gerät. Zugleich zehren die verschiedenen Missionen, v.a. im Mittelmeer und am Hindukusch, an den Kapazitäten. Die jahrzehntelangen Einsparungen im Verteidigungshaushalt, die sich vor allem europäische Mitgliedstaaten gegönnt haben, zeigen nun besorgniserregende Auswirkungen.

Auch in dieser Hinsicht war 2014 ein Wendepunkt. Erstmals seit Jahren haben zahlreiche europäische NATO-Mitglieder ihre Verteidigungsbudgets erhöht. Das beim letzten Gipfel bekräftigte Ziel, 2% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, erreichen gegenwärtig trotzdem nur die USA, Großbritannien, Griechenland, Estland und Polen. Trotz Erhöhung des Verteidigungsbudgets ist hingegen Deutschlands Anteil aufgrund der noch schneller steigenden Wirtschaftskraft sogar gesunken, auf aktuell ca. 1,2% des BIP.

Deutschland betont daher, dass die 2% ein unvollkommener Maßstab sind, weil sie nicht das eigentlich Entscheidende messen, nämlich den „Output“, also die tatsächlich zur Verfügung stehenden militärischen Mittel. Auch sind für die militärische Schlagkraft nicht die absoluten Ausgaben maßgeblich (die Gehälter, Mieten etc. beinhalten), sondern die Investitionen in modernes Gerät. So sollen die NATO-Staaten 20% ihres Verteidigungsbudgets für Neuanschaffungen und Innovationen ausgeben – Deutschland lag hier 2015 mit ca. 17% bestenfalls im NATO-Mittelfeld.

Ungeachtet der Interpretation der 2%-Vereinbarung wird Warschau eine wichtige Botschaft von Wales bekräftigen: Die Höhe der Verteidigungsbudgets ist wesentlich für die Sicherheit der Allianz. Die Jahrzehnte der „Friedensdividende“ nach Ende des Kalten Krieges sind vorbei; trotz vielfach angespannter Wirtschaftslage muss mehr in Verteidigung investiert werden. Die vor 2014 viel diskutierten Programme zur Effizienzsteigerung und Synergiegewinnung („Smart Defense Initiative“, „Pooling & Sharing“, „Framework Nation Concept“) sind nach wie vor wichtig, genügen allein aber nicht, die Unterfinanzierung der meisten nationalen Streitkräfte zu kompensieren.

Die angespannte Sicherheitslage in Europa und an vielen seiner Außengrenzen schafft zudem innenpolitische Bereitschaft zu erhöhten Verteidigungsbudgets wie lange nicht. Es ist an den europäischen Entscheidungsträgern, entsprechend zu handeln. Nicht zuletzt könnten so dem zunehmenden transatlantischen Missverhältnis in den militärischen Fähigkeiten Grenzen gesetzt und einem vertieften Streit zwischen Washington und „NATO-Europa“ über faire Lastenteilung entgegengewirkt werden.

Erweiterung der NATO

Montenegro soll das 29. Mitglied der NATO werden – so haben es die NATO-Außenminister im Mai 2016 beschlossen, nur die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente steht noch aus. Diese erste Neuaufnahme seit 2009 (Albanien und Kroatien) kann nicht bemängeln, dass die Allianz ihrer Erweiterungspolitik müde geworden ist. Insbesondere in westeuropäischen Mitgliedstaaten wie Deutschland bestehen Zweifel, ob die letzten Aufnahmerunden die Sicherheit der NATO gestärkt haben und ob alle Neuzugänge im Ernstfall verteidigt werden können. Auch wird befürchtet, dass

Für und Wider des
2%-Ziels

Mehr Geld für Vertei-
digung erforderlich

zusätzliche Erweiterung das Verhältnis zu Russland übermäßig belasten würde. Nicht zuletzt stehen fast alle der gegenwärtigen Aspiranten vor individuellen Problemen, die ihre baldige Aufnahme verhindern – Territorialkonflikte in der Ukraine und Georgien, Reformstau in Bosnien-Herzegowina und Mazedoniens Namensstreit mit Griechenland.

Dem stehen, insbesondere in Mitteleuropa, Befürworter einer Politik der Offenen Tür gegenüber. Sie betonen, dass die bisherigen Erweiterungsrounds Demokratie und politische Stabilität in den Beitrittsstaaten gefördert und dadurch zur Sicherheit Europas insgesamt beigetragen haben. Aus ihrer Perspektive ist es kein Zufall, dass die Staaten im „Niemandland“ zwischen Russland und der NATO von Instabilität und Unsicherheit gekennzeichnet sind; ein Zustand, dem das Bündnis durch intensive Kooperation und die Aussicht auf Beitritt Abhilfe verschaffen kann. Und grundsätzlich besteht kein Zweifel an Artikel 10 des NATO-Vertrages, wonach jeder europäische Staat, der den Grundprinzipien der Allianz folgt und einen Beitrag zu ihrer Sicherheit leisten kann, einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen darf. Das gilt z.B. für einen Staat wie Georgien, der eine bemerkenswerte Demokratisierung durchlaufen hat (einschließlich friedlicher Machtwechsel durch Wahlen) und relativ zu seiner Bevölkerungsgröße mehr Truppen zur Stabilisierung Afghanistans entsendet hat als jeder NATO-Staat. Auch aus diesem Grund hat die NATO Georgien – und der Ukraine – 2008 versprochen, sie eines (unbestimmten) Tages aufzunehmen.

Selbst die Befürworter der Erweiterung erkennen, dass dieser Tag 2016 noch nicht gekommen ist. Es wird daher darum gehen, die Idee der Stabilisierung Europas durch Erweiterung der NATO lebendig zu halten, ohne konkrete Aufnahme-Schritte zu unternehmen. Es wird interessant sein zu sehen, welche Formulierung die Mitgliedstaaten in der Abschlusserklärung des Gipfels finden werden, um jene Staaten wie die Ukraine und Georgien nicht zu entmutigen, die heute, wie ein deutscher Offizieller im April gesagt hat, „am bitteren Ende der Realpolitik hängen“. Die Betonung der Offenen Tür ist schließlich auch ein wichtiges Signal an weniger konflikthafte potentielle Bewerber wie Schweden und Finnland, die angesichts der veränderten Sicherheitslage und unter bestimmten innenpolitischen Bedingungen womöglich schon eher an die Tür der NATO klopfen als derzeit erwartet wird.

Vorerst keine weiteren
Neuaufnahmen – aber
die Tür bleibt offen

Partnerschaften nicht vergessen

Das Strategische Konzept der NATO von 2010 definiert drei Kernaufgaben des Bündnisses: Kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und Kooperative Sicherheit. Die erste Aufgabe steht 2016 mit Blick auf die Ostflanke wieder im Zentrum der Agenda. Die zweite wird angesichts der Verpflichtungen in Afghanistan und der Instabilität an der Südflanke nicht verschwinden. Aber die dritte verliert derzeit rapide an Aufmerksamkeit.

Dem sollte der Gipfel von Warschau entgegenwirken, denn die Zusammenarbeit der NATO mit internationalen Institutionen wie UN und EU sowie die Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten, die nicht Mitglied der Allianz sind, sind ein zentraler Baustein der weltweiten Sicherheitsarchitektur. So hat die ISAF-Mission in Afghanistan der NATO gemeinsame Einsatzerfahrung mit zahlreichen Partnern in der Region verschafft – von der Mongolei bis Australien. Es wäre ein strategisches Versagen, diese Beziehungen nun mit dem Ende von ISAF veröden zu lassen. Es besteht die Chance, die Zusammenarbeit von der Orientierung auf den Einsatz in konkrete politische und militärplanerische Partnerschaften zu überführen. Angesichts der Volatilität der Region Asien-Pazifik wäre dies ein enormer Stabilitätsgewinn. Dafür müsste die

NATO-Partnerschaften
als Baustein globaler
Sicherheitsarchitektur

NATO aber deutlichere und kreativere Angebote an die mitunter zögerlichen Partner formulieren – z.B. durch Informations- und Technologieaustausch, gemeinsame Übungen und Notfallplanung.

Ähnliches gilt mit Blick auf die gewünschte Stabilisierung Nordafrikas und Nahmitelosts. Die etablierten Partnerschaftsprogramme der NATO für die Region, der Mediterranean Dialogue und die Istanbul Cooperation Initiative, sind aus verschiedenen Gründen wenig erfolgreich verlaufen. Die NATO sollte den Mut zu einer Analyse der Fehlentwicklungen in diesen Programmen finden – und dann einen neuen Anlauf unternehmen.

Drei Einwände

Das Treffen in Warschau wird, wie alle Gipfel der NATO, Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit des Bündnisses ausstrahlen (wollen). Die Geschlossenheit wird durch Kompromisse und Ausgleich erreicht werden: Balance zwischen Ost und Süd, zwischen Abschreckung und Dialogbereitschaft gegenüber Russland, zwischen Landesverteidigung und Krisenmanagement, zwischen Erhöhung der Verteidigungsausgaben und ihrer politischen Vertretbarkeit. Angesichts der Tendenz zur Fragmentierung in Europa – in der Einschätzung Russlands, durch den nationalistischen Populismus, im Umgang mit der Masseneinwanderung, in der Währungs-, Wirtschafts- und Schuldenpolitik, durch Debatten über Brexit und Grexit – wäre ein solches Signal der Einigkeit erfreulich und würde noch einmal die Bedeutung der USA für die Konsensfindung in NATO-Europa unterstreichen. Und die erwartbaren konkreten Ergebnisse zur militärischen Präsenz an der Ostflanke werden auch die Handlungsfähigkeit der NATO unter Beweis stellen.

Gegen dieses harmonische Bild werden auch Freunde der NATO allerdings drei zentrale Einwände geltend machen. Erstens ist die angesprochene Unterfütterung der politischen Beschlüsse mit tatsächlichen militärischen Fähigkeiten dünn. Die NATO-Mitgliedstaaten müssen nicht nur zu einer schrittweisen Trendwende in ihren Verteidigungsausgaben kommen, sondern zu einer grundlegenden Neujustierung. So haben erste Übungen offenbart, wie brüchig die Versorgung mit Nachschub für die VJTF oder im Osten vorausstationierte Einheiten ist. Es fehlt an Transportkapazitäten, aber auch an einsatzbereiter, spezialbefähigter Masse. Das betrifft nicht nur die glaubwürdige Landesverteidigung, sondern auch die Stabilitätsprojektion im Krisenmanagement. Im übrigen gilt dies mittelfristig auch für die Kapazitäten der USA, die durch veraltetes Gerät und drastische Einsparungen im Budget des Pentagon eingeschränkt sind.

Zweitens wäre es an der Zeit, das Strategische Konzept der NATO von 2010 einer Überarbeitung zu unterziehen. In seinen Kernpassagen ist es sicherlich noch gültig und vermag der NATO ein politischer Kompass zu sein – und überdies ein nützliches Instrument in der öffentlichen Kommunikation. Allerdings geht das Konzept noch von einer partnerschaftlichen Beziehung mit Russland aus, die nicht mehr gegeben ist. Ebenso werden die schwierigen Entwicklungen an der Südflanke, der Druck durch Migration und die politischen Spannungen in Europa nicht reflektiert. Dass zaghaften Vorstößen zu einer Neufassung im Vorfeld des Gipfels solch eine rigorose Absage erteilt wurde, spricht nicht für das Vertrauen der NATO-Mitglieder in ihre Geschlossenheit.

Drittens klafft eine erstaunliche Lücke in den zu erwartenden Beschlüssen von Warschau. Es wird in erster Linie um Abschreckung gehen und um Beiträge zur Stabili-

Politische Agenda
muss militärisch
unterfüttert sein

Reicht die Geschlossenheit für ein neues
Strategisches Konzept?

Hat die NATO wirksame Antworten auf die Kriege in Syrien und der Ukraine?

sierung fragiler Staaten wie Libyen. Die NATO beschäftigt sich also, überspitzt gesagt, mit der Vorbeugung zukünftiger Konflikte, während um sie herum bereits Kriege wüten. Die Lage in Syrien und der Ukraine ist von zwischenstaatlicher Gewalt bestimmt, zumindest sind die Konflikte von externen Akteuren befeuert. Es besteht kein Zweifel, dass diese Kriege auf die NATO ausstrahlen und die Sicherheit ihrer Mitglieder betreffen. Und doch wird das Bündnis sich auch in Warschau in Zurückhaltung üben. Dafür gibt es gute Gründe: Die Aggression ist nicht direkt gegen NATO-Gebiet gerichtet; nicht-militärische Mittel wie Sanktionen werden als zielführender und weniger riskant beurteilt; es erfolgen bereits militärische Beiträge des Westens über geeignetere Wege (Koalition der Willigen, Art. 47 EU-Vertrag). Und dennoch: Wenn an seinen eigenen Grenzen entgegen jeder Rechtsordnung Krieg geführt und gemordet wird, macht ein politisch-militärisches Bündnis, das für Freiheit und Frieden eintreten will, als passiver Zuschauer keine glückliche Figur.

Der Autor

Dr. Patrick Keller ist Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

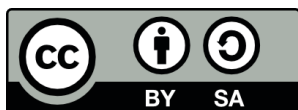
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-222-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

*Bildvermerk Titelseite
© pyty, fotolia.com*

www.kas.de